

Schriften des Landtages Brandenburg Heft 2/2023

Festveranstaltung zur Woche der Brüderlichkeit im Land Brandenburg 2023

17. April 2023



LANDTAG
BRANDENBURG



Der Pianist Max Doehlemann aus Berlin begleitete die Veranstaltung musikalisch.



Inhalt

04

Psalmgebet

**Ariel
Kirzon**

Rabbiner des
Landesverbands der
Jüdischen Gemeinden
Land Brandenburg

06

Grußwort

**Prof. Dr.
Ulrike Liedtke**

Präsidentin des Land-
tages Brandenburg

11

Grußwort

**Tobias
Barniske**

Vorsitzender der Ge-
sellschaft für christ-
lich-jüdische Zusam-
menarbeit Potsdam

16

Festrede

**Prof. Dr.
Axel Drecolll**

Direktor der Stiftung
Brandenburgische
Gedenkstätten,
Oranienburg

26

1. Präsentation

**Caroline Höhne
und Awa Kandler**

Schülerinnen des
Sally-Bein-Gymnasiums,
Beelitz

32

2. Präsentation

**Dr. Anke
Geißler-Grünberg**

Koordinatorin des
Projekts „Jüdische
Friedhöfe in Brande-
nburg“, Universität
Potsdam

Psalmgebet

Ariel Kirzon

Rabbiner des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden
Land Brandenburg

Psalm 118, 19-21

Übersetzung von Miriam Magall, M. A.

Öffnet mir die Tore der Gerechtigkeit!
Eintreten will ich und dem Ewigen danken.
Das ist das Tor des Ewigen;
Gerechte treten dort ein. Ich danke Dir,
denn Du hast mir geantwortet, und Du
bist meine Rettung.



Rabbiner Ariel Kirzon

Grußwort

Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Präsidentin des Landtages Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Herr Stefke, Frau Budke, liebe Frau Vizepräsidentin Richstein, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, Herr Minister Beeremann, Frau Staatssekretärin Dr. Haase, sehr geehrter und lieber ehemaliger Landtagspräsident Gunter Fritsch, sehr geehrter Herr Barniske, sehr geehrter Rabbiner Kirzon, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Drecoll, sehr geehrte Frau Dr. Geißler-Grünberg, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Gäste, seien Sie alle herzlich willkommen zur Eröffnung der Brandenburger Woche der Brüderlichkeit hier in Potsdam. Die ersten von den ca. 80 Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Deutschland entstanden 1948/49 – nur wenige Jahre nach dem Ende der Verfinsterung, die der deutsche Nationalsozialismus über die Welt gebracht hatte. Am Anfang suchte die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit als Bürgerinitiative den Dialog Überlebender mit den Tätern. Es ist eine Gnade, ein Fest, eine Zukunftschance, dass Jüdinnen und Juden wieder mit uns leben wollen; dass wir miteinander darüber sprechen können, wie wir miteinander leben wollen. Die Woche der Brüderlichkeit gibt es seit 1952. Und seit 1968 wird jedes Jahr die Buber-Rosenzweig-Medaille an Menschen oder Organisationen verliehen, die sich im christlich-jüdischen Dialog

außerordentliche Verdienste erworben haben. In diesem Jahr geht die Auszeichnung an die Neue Synagoge Berlin, die mit ihrer weltoffenen, einladenden Arbeit Menschen zusammenbringt und sich mit hörbarer Stimme in gesellschaftliche Debatten einmischt. Auf dem Portal der Synagoge ist in hebräischen Buchstaben ein Zitat aus dem Buch des Propheten Jesaja angebracht: „Tuet auf die Pforten, dass einziehe das gerechte Volk, das bewahret die Treue.“ (Jesaja 26,2) Dazu passend wurde das Motto 2023 gewählt: „Öffnet Tore der Gerechtigkeit! Freiheit Macht Verantwortung“. Öffnet Tore der Gerechtigkeit – dahinter steht die Idee, dass die Welt Gottes ein Ort ist, der für alle offensteht. Für alle – nicht nur für Jüdinnen und Juden, für Christinnen und Christen, sondern für Menschen aller Religionen, auch für Agnostikerinnen und Agnostiker.

Lassen Sie uns den Dialog führen, gerade in einer Zeit sich gegenseitig überlagernder Krisen: Krieg in der Ukraine, Klimakrise, wachsender Antisemitismus, Rassismus, die Anziehungskraft autokratischer Systeme, die Gefährdungen von Freiheit und Demokratie in vielen Ländern der Welt. Dagegen stehen als Strategien der Krisenbewältigung: die Klimabewegung, der Kampf um Freiheit und Demokratie in der Ukraine, im Iran, das Engagement für eine freiheitliche, ökologisch verantwortungsvolle



Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Gesellschaft der Zukunft – in Deutschland, in der Ukraine, in Israel wie in vielen Ländern der Welt. Gemeinsame Verantwortung – lokal, international, weltweit und individuell – entscheidet über unsere Zukunft.

Frieden beginnt zwischen den Menschen und im Dialog. Das Gespräch zwischen Menschen ist es, das die Tore öffnet. Martin Bubers dialogische Philosophie, sein „Ich und Du“, sowie Franz Rosenzweigs neue erzählende Philosophie



Blick in den Saal des Potsdam Museums während des Grußwortes von Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke

haben vielfältige Spuren im Denken des 20. und 21. Jahrhunderts hinterlassen. Beim Internationalen Rosenzweig-Kongress letztes Jahr trafen sich junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt, um darüber zu sprechen.

„Das Gespräch zwischen Menschen ist es, das die Tore öffnet.“

Wenn man Franz Rosenzweigs Rat befolgt, sein philosophisches Hauptwerk „Der Stern der Erlösung“ mutig weiterzulesen, dann gewinnt man den Eindruck, dass dieses Buch für uns Heutige geschrieben ist. Ja, es ist ein Buch für die Zukunft. Der „Stern der Erlösung“, 1918 geschrieben, ist ein jüdisches Buch; es behandelt das Judentum wie das Christentum kaum ausführlicher als den Islam. Rosenzweigs „Neues Denken“ folgt dem Weg des Menschen zum freien Handeln, zur Tat, wie er schreibt: „aus der Bedingtheit des Charakters durch den leuchtenden Gnadenaugenblick der Wahl und Entscheidung, wenn Freiheit zum Müssen wird.“ Dass es sein kann, dass Freiheit zum Müssen wird, das sehen wir im Kampf der Menschen in der Ukraine, bei den Frauen im Iran. Dass Freiheit zu einem Müssen werden kann, haben wir gesehen bei den Wenigen, die sich in Deutschland an die Seite der Jüdinnen und Juden gestellt haben: Wenn man etwas tut, weil man nicht anders kann.

Genauso wie man etwas nicht tut, weil man es nicht kann, weil es dem eigenen Menschsein widerspricht.

Der gleiche Gedanke findet sich in Hannah Arendts Vorlesungen über das Böse. Das Ethos des einzelnen Menschen – für das er sich in Freiheit entscheidet; ein Gedanke, der wie aus der Zukunft zu kommen scheint. Und für einen gläubigen Menschen ein tiefes ehrfürchtiges Gottvertrauen, leuchtende Menschlichkeit widerspiegelt. Im verspäteten Nachwort zum „Stern“, das Rosenzweig erst 1925 geschrieben hat, stellt er dar, wie sich im Gespräch etwas Besonderes ereignet; etwas Neues kommt in die Welt: „Ich weiß nicht vorher, was der Andere sagen wird, weil ich nämlich auch noch nicht weiß, was ich sagen werde [...]“. So, schreibt er, käme es auch in den Evangelien vor. Und Martin Buber sei in seinem Buch „Ich und Du“ zu ganz ähnlichen Einsichten gekommen.

Wenn Rosenzweig davon spricht, dass Offenbarung nicht das echte Heidentum zerstört, sondern in ihm das Wunder der Umkehr und Erneuerung geschehen lässt, dass sich Offenbarung allzeit erneuert und dabei von Christentum und Judentum noch gar nicht die Rede ist, dann öffnet Rosenzweig ein Tor für alle Menschen. Das heißt, dass sich Christentum und Judentum aus der Ummauerung ihrer Religionshaftigkeit befreien können und wieder ins offene Feld der Wirklichkeit zurückfinden. Da haben wir den Aufruf „Öffnet die Tore“ hautnah und können Mauern niederreißen oder zurückbauen, wie man heute sagen würde.

Ich denke an Emmanuel Levinas „Philosophie des Anderen“, an Hans Jonas’ „Prinzip Verantwortung“, an Hannah Arendts „Vita activa“ oder Jacques Derridas Theorien von der Gastfreundschaft, von Sprache und Differenz. Lassen Sie uns das Unmögliche wagen. Miteinander sprechen heißt die Fenster aufreißen, hatte Martin Buber einmal gesagt. Für eine lebenswerte Welt, für unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft. Das ist eben keine Utopie. Und wenn die Zukunft immer offen und nicht planbar ist, dann brauchen wir eine dialogische Roadmap.

Zukunftsdenken – kann ein aus kollektivem Wollen wachsender Wandel werden, ein utopischer Realismus, der Vorstellungskraft und Gestaltungskraft verbindet. Utopischer Realismus und das Unmögliche als Figur der Wirklichkeit beginnen mit Antizipation, damit, dass wir ein Bild des Neuen von der Zu-

kunft her entwerfen; von der Zukunft, in der wir leben, forschen, arbeiten wollen – als Juden und Christen, Muslime und Agnostiker, Menschen mit und ohne Zugehörigkeit zu einer Religion; dafür aber mit unseren unterschiedlichen und zugleich verbundenen Bildern vom Menschen in seiner Freiheit und Verantwortung, von seiner Würde, Verletzlichkeit, seiner Schönheit. Dann wird das Kommende zu einer Poetik der Transformation.

Danke, dass die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit für dieses Gespräch einen Raum öffnet. Ich wünsche Ihnen und uns allen, dass dieser wertvolle Beitrag für das Gespräch über eine lebenswerte Gesellschaft noch mehr Öffentlichkeit und Ausstrahlung erlangt und dass noch mehr Menschen dazukommen und dieses Gespräch mitgestalten.

Shalom!



Pianist Max Doehlemann

Grußwort

Tobias Barniske

Vorsitzender der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Potsdam

Sehr geehrte Frau Präsidentin Prof. Dr. Liedtke, sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Richstein, sehr geehrter ehemaliger Landtagspräsident Herr Fritsch, sehr geehrte Abgeordnete des Landtages, sehr geehrter Herr Minister Beermann, sehr geehrte Frau Staatssekretärin Dr. Haase, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Drecoll, liebe Vertreterinnen des Sally-Bein-Gymnasiums, liebe Frau Dr. Geißler-Grünberg, sehr geehrter Herr Rabbiner Kirzon, sehr geehrter Herr Oberkirchenrat Vogel, sehr geehrter Herr Propst Franke, liebe Frau Superintendentin Zädow, liebe Gäste, welch eine Freude, dass wir uns nach vier Jahren wieder an diesem Ort in Präsenz treffen und die Woche der Brüderlichkeit für das Land Brandenburg eröffnen können! Besonders danken möchte ich Ihnen, liebe Frau Landtagspräsidentin Liedtke, für die Zusammenarbeit in den schwierigen Jahren der Coronapandemie.

In diesem Jahr hat der Deutsche Koordinierungsrat seinen Mitgliedern aufgegeben, sich mit dem Thema „Öffnet Tore der Gerechtigkeit! Freiheit Macht Verantwortung“ auseinanderzusetzen. Erlauben Sie mir daher, jene Personen und Initiativen ins Gedächtnis zu rufen, die den Weg für den christlich-jüdischen Dialog in Potsdam bereitet haben, indem sie in einer Atmosphäre

der Gedenk- und Sprachlosigkeit wichtige Zeichen des Erinnerns gesetzt haben.

Hier wäre Theodor Goldstein s. A. zu nennen, der die Schoa in Verstecken in Glindow, Rheinsberg und Neuruppin überlebt hatte und ab 1946 in Potsdam wohnte. Es ist seiner Hartnäckigkeit zu verdanken, dass 1979 am Standort der alten Synagoge eine Gedenktafel angebracht wurde. Für das Erinnern setzte sich auch der Verein „Aktion Sühnezeichen“ ein. Seit den 1970er Jahren fanden Arbeitseinsätze auf dem Jüdischen Friedhof am Pfingstberg statt, an denen Jugendliche aus den Kirchengemeinden teilnahmen. Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenso wichtig wie die Arbeit auf dem Friedhof waren die begleitenden Informationsmaterialien, die eine erste Annäherung an das Themenfeld jüdische Geschichte und Religion ermöglichten.

Seit 1978 etablierte sich in Potsdam auf Initiative von Dr. Ludwig Ballanie und Konrad Geburek ein ökumenisches Forum als „Potsdamer Angebot“. Hier fanden mehrfach Vorträge zur jüdischen Religion und zum Verhältnis von Judentum und Christentum statt. Pfarrer Dietmar Beuchel konzipierte und organisierte 1988 die viel beachtete Ausstellung „Juden in Potsdam und in der Mark Brandenburg“. Die zuerst in der Nikolai-kirche und später an anderen Orten gezeigte Ausstellung versuchte, einen



Tobias Barniske

eigenständigen Beitrag zur zeitgenössischen Debatte um Verantwortung und Wiedergutmachung in der DDR zu leisten. Das Judentum sollte den Interessenten nahegebracht und die Besucherinnen und Besucher über die Geschichte des Antijudaismus und des Antisemitismus informiert werden.

Herr Goldstein, Herr Beuchel, die Freiwilligen der „Aktion Sühnezeichen“, das „Potsdamer Angebot“ und andere – sie alle leisteten einen wichtigen Beitrag dafür, dass sich für die Potsdamer Öffentlichkeit in den letzten Jahren der DDR die Tore zur jüdischen Geschichte und Religion öffneten.

Die Friedliche Revolution von 1989 schloss ein neues, unerwartetes Tor der Gerechtigkeit für das jüdische Leben in Deutschland auf. Infolge der Entscheidung der letzten, frei gewählten DDR-Regierung, flüchtende Jüdinnen und Juden aus der Sowjetunion aufzunehmen, und der Fortschreibung dieser Regelung durch die Bundesregierung kam es in den 1990er Jahren zu einer jüdischen Zuwanderung – auch in unser Bundesland. Was 1988 noch undenkbar schien, wurde dann möglich: Seit 1945 gründeten sich erstmals wieder jüdische Gemeinden neu. Die erste Gemeinde wurde im März 1991 hier in Potsdam ins Leben gerufen.

„Die Friedliche Revolution von 1989 schloss ein neues, unerwartetes Tor der Gerechtigkeit für das jüdische Leben in Deutschland auf.“

Zu dem Interesse an der Vergangenheit von Jüdinnen und Juden trat nun bei den im christlich-jüdischen Gespräch Engagierten der Wunsch, die neuen Gemeinden in ihrer Entwicklung zu begleiten und mit ihnen in einen lebendigen Austausch zu treten. Die Erinnerungsarbeit und der Wunsch nach Begegnung mit den neuen jüdischen Gemeinden waren die zwei wesentlichen Triebfedern für die Gründung unserer Gesellschaft für christliche-jüdische Zusammenarbeit im Januar 1993, vor dreißig Jahren. Und sie werden die bestimmenden Faktoren für unsere Arbeit in den kommenden Jahren bleiben.

Viel Positives ist in den drei Jahrzehnten passiert: Wir freuen uns über ein lebendiges jüdisches Leben in unserer Landeshauptstadt; wir können an einer einmaligen Wissenschafts- und Forschungslandschaft im Bereich jüdischer Geschichte, Religion und Kultur an den Hochschulen unserer Stadt Anteil nehmen. Und wir haben mit der Änderung der Landesverfassung vom Juli 2022 eine gesetzliche Grundlage, um jüdisches Leben und jüdische Kultur dauer-



haft zu unterstützen und das friedliche Zusammenleben in einem multireligiösen Brandenburg mit einer Vielzahl an Bekenntnissen und Weltanschauungen weiterzuentwickeln.

Wir müssen aber zugleich konstatieren, dass es weiterhin Fälle von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land gibt. Und leider ist seit 2014 eine Partei in unserem Landesparlament, die sich bewusst offen gegenüber rechtsextremen Positionen zeigt und die in ihrem Wirken inner- und außerhalb des Parlaments die freiheit-

lich-demokratische Grundordnung unterminiert. Der Dreiklang „Freiheit Macht Verantwortung“ des Jahresthemas sollte uns vor diesem Hintergrund nicht nur daran erinnern, welche positiven Möglichkeiten sich für uns individuell aus unserer Staatsform ergeben. Er mahnt uns auch zur aktiven Pflege und zum Erhalt unserer Demokratie. Für die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Potsdam ist es zu einem weiteren Ziel der Betätigung geworden, den Austausch mit allen Initiativen und Personen zu pflegen, die sich um ein Zu-

sammenleben aller in Freiheit und Würde bemühen.

Erinnern, nicht vergessen ist wichtig für das Zusammenleben in einer Demokratie. Wir können der Idee einer gerechten Gesellschaft mit Respekt für jeden Menschen nur näherkommen, wenn wir Ungerechtigkeiten und blinde Flecke in unserer Vergangenheit benennen und eine öffentliche Auseinandersetzung damit befördern. Wir freuen uns daher sehr, dass wir Herrn Prof. Dr. Axel Drecol, Direktor der Stiftung Branden-

burgische Gedenkstätten, für die Festrede gewinnen konnten. Das Sally-Bein-Gymnasium Beelitz und das Projekt „Jüdische Friedhöfe in Brandenburg“, die sich Ihnen im Anschluss kurz vorstellen werden, leisten einen wichtigen Beitrag zur Erinnerung an jüdisches Leben in unserem Land. Doch nun darf ich an Max Doehlemann übergeben, der uns heute musikalisch durch die Eröffnung begleitet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Festrede

Prof. Dr. Axel Drecoll

Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Oranienburg

Sehr geehrte Frau Präsidentin Prof. Dr. Liedtke, Frau Vizepräsidentin Richstein, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, Mitglieder der Regierung, sehr geehrter Herr Barniske, Rabbiner Kirzon, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Öffnet Tore der Gerechtigkeit! Freiheit Macht Verantwortung“¹. Das ist das Jahresthema des Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, kurz: DKR. Und in diesem Rahmen feiert die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Potsdam im Jahr 2023 ihr 30-jähriges Bestehen. Es geht den Gesellschaften darum, Mauern zu überwinden, Menschen zusammenzuführen, aber auch: politische Spannungsverhältnisse auszuloten und zu diskutieren. Mit dieser Begriffswahl hat der DKR ein Motto gewählt, das nicht weniger beschreibt als die Fundamente unseres sozialen und politischen Zusammenlebens. Als „ewige Frage der Menschheit“² hat etwa der bedeutende Rechtswissenschaftler Hans Kelsen die Frage danach bezeichnet, was eigentlich Gerechtigkeit sei.

Schon Kelsens Postulat der „ewigen Frage“ verweist auf eine historische Dimension. Das Beziehungsgeflecht solcher Fundamentalprinzipien ist gewach-

sen, das Ergebnis von geschichtlichen Erfahrungen und Aushandlungsprozessen. Es beschreibt ein Gewordensein im Heute, dessen Bedeutung ohne den Blick zurück nicht hinreichend erklärt werden kann. Auch Zukunftsentwürfe resultieren aus den vorangegangenen Definitionen und Prozessen und beschreiben daher immer einen Blick zurück nach vorn.

Mein Anliegen ist zunächst der Blick zurück: Um zu verdeutlichen, wie wertvoll und wie wenig selbstverständlich es ist, dass die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Potsdam seit 30 Jahren besteht und dass die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit an vielen Orten eine Woche der Brüderlichkeit ausrufen. Eine Brüderlichkeit, die sich nicht nur auf die bilateralen jüdisch-christlichen Beziehungen beschränkt, sondern andere Menschen und Minderheiten in die Solidargemeinschaft einbezieht.³

Es mag selbstverständlich klingen, verdient aber dennoch eine besondere Hervorhebung: Die Bedeutung dieser institutionalisierten und gelebten Solidarität heute kann nur durch den Blick auf das NS-Regime und seine furchtbaren Verbrechen gegenüber Jüdinnen und Juden und anderen Gruppen und Perso-

1 Abrufbar unter: www.deutscher-koordinierungsrat.de/dkr-tagungen-jahresthema-2023-2022.

2 Hans Kelsen: Was ist Gerechtigkeit? Ditzingen (Reclam) 2016, S. 9.

3 Vgl. www.deutscher-koordinierungsrat.de/wdb-aktuell.



Prof. Dr. Axel Drecoll



Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke und Landtagspräsident a.D. Gunter Fritsch während der Veranstaltung.

nen erfasst werden. Die tiefgreifenden Folgen dieser Verbrechen sind bis heute vielfach wirksam. Und durch diesen Blick zurück eröffnet sich die Perspektive nach vorne, können und sollten die Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Bevor ich versuche, diese Notwendigkeit näher zu begründen und mich einigen Aspekten des NS-Regimes und der Judenverfolgung zuwenden, erlauben Sie mir kurz einige Grundaspekte zu skizzieren, die ich mit den Begriffen der Gerechtigkeit und Freiheit in Verbindung bringe. Es geht um Sie und um mich, um unsere Interaktionen, also um eine individuelle und eine soziale Dimension.

Diesen Interaktionen liegen Wertmaßstäbe und Haltungen zugrunde, die unser Verhältnis zu unserem direkten Gegenüber, aber auch zu Personen im Allgemeinen bestimmen. Es geht also auch um eine ideelle sowie eine universale Dimension.

„Und durch diesen Blick zurück eröffnet sich die Perspektive nach vorne.“

Wenden wir den Blick zurück auf das Jahr 1933, als vor etwas mehr als 90 Jahren Hitler und die Nationalsozialisten nur etwa 35 km vom Stadtzentrum Potsdams entfernt die Macht eroberten. Was das neue Regime anstrebte und zu weiten Teilen auch verwirklichte, war ein radikaler Bruch mit bis dato gültigen Wertesystemen. Die NS-Ideologie kennzeichnete ein strikt dichotomisches Weltbild mit der entscheidenden Grundierung von Rassismus und Antisemitismus. Menschen und Menschengruppen galten nicht nur als unterschiedlich, sondern vor allem: als unterschiedlich wert. Am untersten Ende dieser Skala standen Jüdinnen und Juden, die per se als destruktiv und „schädlich“ galten und die – daran konnte von Anfang an kein Zweifel bestehen – mit allen Mitteln bekämpft werden sollten.⁴ Bezugspunkte staatlichen Handelns waren nicht mehr das Individuum oder eine bürgerliche Gesellschaft. An deren Stelle trat die Konstruktion einer biologistisch definierten „Volksgemeinschaft“. Sie zielte auf die Homogenisierung derjenigen, die das Regime als zugehörig betrachtete. Zugehörigkeit definierte sich wiederum durch die Bezeichnung der Fremden, die ausgesondert und bekämpft werden

sollten. Rechte und positive Wertzuschreibungen hatten keine universelle, sondern nur partikuläre Gültigkeit, blieben auf Mitglieder der „nordischen Rasse“ bzw. die Mitglieder der rassistisch definierten „Volksgemeinschaft“ begrenzt.⁵ Der Wert des Individuums bemaß sich nur nach der Konstruktion seiner Gruppenzugehörigkeit. Und auch innerhalb der „Volksgemeinschaft“ waren Fundamentalprinzipien des sozialen Miteinanders an Nützlichkeitsabwägungen für die homogenisierte Gruppe gekoppelt. „Alles was dem Volk nützt, ist Recht; alles, was ihm schadet, ist Unrecht“⁶, so formulierte es bereits 1926 der Jurist, späterer Reichsminister und Generalgouverneur im besetzten Polen, Hans Frank.

Eine solche Dystopie einer zu homogenisierenden Gemeinschaft, die auf den Fundamenten von Stigmatisierung, Verfolgung und Mord basierte, konnte offensichtlich Zustimmungspotenziale entfalten. Das galt insbesondere in Bezug auf den Antisemitismus. Seit Jahrhunderten waren die Stereotype gegen Jüdinnen und Juden wirksam, die noch weit tiefer in der deutschen Gesellschaft verwurzelt waren als rassistische Vorstellungswelten. Sie boten ein

4 Hierzu Axel Drecol: Die nationalsozialistische Ideologie. Forschung, Begriff und Kernaspekte, in: Thomas Sandkühler (Koord.): Der Nationalsozialismus. Herrschaft und Gewalt. Bd. 2: Gesellschaft, Staat und Verbrechen. München 2022, S. 10–37; auch den kurzen und präzisen Überblick bei Dieter Pohl: „Rassenpolitik“, Judenverfolgung, Völkermord, in: Volker Dahm u. a. (Hg.): Die Tödliche Utopie. München 2016, S. 373–393.

5 Zur „Volksgemeinschaft“ im Nationalsozialismus etwa Frank Bajohr/Michael Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 2009; Martina Steber/Bernhard Gotto (Hg.): Visions of Community in Nazi Germany: Social Engineering and Private Lives. Oxford 2014.

6 Hans Frank: Grundsätze des nationalsozialistischen Rechtsdenkens und Rechtswollens, in ders. (Hg.): Nationalsozialistisches Handbuch für Recht und Gesetzgebung. München 1935, S. 3–23, hier S. 3, zitiert nach Michael Wildt: Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte. Berlin 2019, S. 310.



einfaches Erklärungsmodell: Indem sie nahezu sämtliche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme einer vermeintlich „weltverschwörenden Clique im Hintergrund“ zuschoben und auf ein Feindbild reduzierten, schien die komplexe Umwelt besser beherrschbar. Als eine genauso einfache wie umfassende Welterklärung bot der Antisemitismus eine schier endlose Projektionsfläche für alle möglichen Stereotype oder Versagensängste, die in der Aggressivität gegen das scheinbar klar definierbare Übel kanalisiert werden konnten. Dieser fatale Irrglaube an eine homogene Gemeinschaft, so kann man den damit zusammenhängenden Teufelskreis auch formulieren, beinhaltete zwangsläufig

die, so der NS-Jargon, „Ausmerzungen“ der als Feinde Deklarierten.⁷ Wobei die Abwertung der Anderen eine Aufwertung der eigenen Person und eine Verbesserung der eigenen Lebensverhältnisse versprach.

Für die Opfer dieser zutiefst inhumanen Vorstellungswelt waren die Folgen bereits seit der Anfangsphase des Regimes drastisch. Als Hitler am „Tag von Potsdam“ in der Garnisonkirche die Geschlossenheit mit der konservativen Elite in Szene setzte, errichtete die SA zeitgleich in Oranienburg ein frühes Konzentrationslager – eines von insgesamt acht dieser frühen Lager allein auf dem Boden des heutigen Brandenburgs. Unter den etwa 3.000 Häftlingen gab es

⁷ Hierzu Lars Rensmann: Die Ideologie des Antisemitismus. Zur Gegenwart der Judenfeindschaft als Ressentiment und Weltdeutung, in: Heiko Beyer/Alexandra Schauer (Hg.): Die Rückkehr der Ideologie. Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs. Frankfurt am Main/New York 2001, S. 467–504.

zahlreiche jüdische Gefangene, die in einer so genannten Judenkompanie separiert und besonders brutalen Misshandlungen ausgesetzt waren. Zu den früh inhaftierten Gefangenen gehörten der Rechtsanwalt und Notar aus Potsdam Dr. Ludwig Levy, der Berliner SPD-Fraktionsvorsitzende im Preußischen Landtag und Reichstagsabgeordnete Ernst Heilmann und der Dichter Erich Mühsam, der bereits im Juli 1934 in Oranienburg ermordet wurde.⁸

„Viele der jüdischen Bürgerinnen und Bürger Potsdams, [...] waren [...] von weiteren, früh einsetzenden Diskriminierungen und Entrechtung betroffen.“

Viele der jüdischen Bürgerinnen und Bürger Potsdams, die das NS-Regime verfolgte, waren – wie so viele andere auch – von weiteren, früh einsetzenden Diskriminierungen und Entrechtung betroffen. Der Student Alfred Lehmann etwa durfte sein Jurastudium nicht mehr beenden. Der Staatssekretär und spätere Vorsitzende des Volksgerichtshofs Roland Freisler verhängte gegen Ludwig Levy bereits im Mai 1933 ein Verbot, das den Juristen schlagartig der Existenzgrundlage beraubte.⁹

Die Achse zwischen ihrer Heimatstadt, der Reichshauptstadt Berlin und Oranienburg war und blieb für viele der jüdischen Verfolgten verhängnisvoll. Im Zuge der Gewaltnacht vom 9. auf den 10. November 1938 verschleppten NS-Täter über 6.300 jüdische Männer nach Sachsenhausen. Unter ihnen Ludwig Levy, der Rabbiner Dr. Hermann Schreiber, der Arzt und Wissenschaftler Dr. Fritz Hirschberg und später auch Alfred Lehmann.¹⁰ Im „Reich der Nummern, wo die Zeit stillsteht und die Männer keine Namen haben“¹¹, so beschrieb der junge Hachschara-Schüler Gerhard Nassau aus Berlin das KZ Sachsenhausen. Leon Szalet, ein Kaufmann aus Berlin,

8 Vgl. Frédéric Bonnesoeur: Im guten Einvernehmen. Die Stadt Oranienburg und das Konzentrationslager Oranienburg und Sachsenhausen 1933–1945. Berlin 2018, hier S. 32f.; siehe auch die verschiedenen Beiträge in Günter Morsch (Hg.): Konzentrationslager Oranienburg. Berlin 1994; Hans Bergmann/Simone Ladwig-Winters: Für ihn brach die Welt, wie er sie kannte, zusammen... Juristen jüdischer Herkunft im Landgerichtsbezirk Potsdam. Köln 2003, S. 21f.

9 Vgl. Hans Bergmann/Simone Ladwig-Winters, Juristen, S. 113f.; Sabine Hering/Johannes Leicht (Hg.): Ich lebe für das Recht. Der Potsdamer Jurist Ludwig Levy (1883–1966). Geachtet – Entrechtet – Vertrieben. Potsdam 2023, S. 41f.

10 Vgl. Sabine Hering/Johannes Leicht, Recht, S. 48; Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen (AS), Veränderungsmeldung vom 24.11.1938, D 1/A 1020 (Hermann Schreiber); AS, Anweisung der Politischen Abteilung vom 22.11.1938, D 1 A/1015 (Fritz Hirschberg); AS, Liste des Transports vom 11.08.1941 nach Gross-Rosen, R 214/M 55 (Alfred Lehmann).

11 Astrid Ley: „Im Reich der Nummern, wo die Männer keine Namen haben.“ Die Novemberpogrom-Gefangenen des KZ Sachsenhausen – Haft und Exil. Berlin 2020, S. 7.

der im Herbst 1939 inhaftiert worden war, berichtet von furchtbaren Misshandlungen. Permanente Angst, Hunger, Folter, Krankheiten, Sterben und eine gestohlene Zukunft, so beschreibt er den Lageralltag.¹² Viele überlebten die furchtbaren Strapazen nicht oder wurden in Sachsenhausen und anderen Konzentrationslagern ermordet. Alfred Lehmann starb im Konzentrationslager Groß Rosen und der SPD-Parlamentarier Ernst Heilmann in Buchenwald.¹³ Die Intention der vollständigen Identitätsvernichtung, die die SS „im Reich der Nummern“ anstrebte, beobachtete auch der Potsdamer Kaufmann Erich Guttman: „Zu Tausenden standen wir auf einem großen Platz [dem Appellplatz, Anm. AD] Nummern ohne Wert, Schicksale ohne Schutz. Es galt Tod oder Leben von nun an, nicht Geist und Können.“¹⁴ Jenseits des Vorstellbaren, „beyond the conceivable“, so hat der Historiker Dan Diner den Verfolgungsprozess für die Betroffenen charakterisiert.¹⁵ Das NS-Regime raubte den Verfolgten nicht nur ihre wirtschaftliche Existenz, gab sie der Rechtlosigkeit preis und beraubte sie ihrer körperlichen Unversehrtheit. Es negierte schlichtweg jedes Existenzrecht, unabhängig von individuellen Lebensleistungen, ihrem Können, den sozialen Bindungen oder ihrem gesellschaftlichen

Engagement. Auch viele Überlebende konnten diese Intention der vollständigen Negation und Zerstörung nicht begreifen und nicht oder kaum verkraften. Auch die, die noch fliehen konnten, hatten unter den physischen und psychischen Folgen ihres Martyriums bis zu ihrem Lebensende zu leiden.

„Für nicht geringe Teile der Mehrheitsgesellschaft war das Ideal einer homogenen ‚Volksgemeinschaft‘ offensichtlich attraktiv.“

Für nicht geringe Teile der Mehrheitsgesellschaft war das Ideal einer homogenen „Volksgemeinschaft“ offensichtlich attraktiv. Sie konnten in Korrespondenz mit der Deprivation der Opfer ihren eigenen Status heben. Andere waren zumindest bereit, Teile der NS-Ideologie zu adaptieren oder sich indifferent gegenüber dem Schicksal der Mitmenschen zu zeigen. Schon im KZ Oranienburg waren etwa 150 SA-Leute, aber auch zivile Männer und Frauen be-

12 Vgl. Leon Szalet: Experiment „E“. A Report From An Extermination Laboratory. Maryland 2015 (Niederschrift 1945), etwa S. 256; deutsche Ausgabe: Leon Szalet: Baracke 38. 237 Tage in den „Judenblocks“ des KZ Sachsenhausen. Berlin 2006.

13 Vgl. Hans Bergmann/Simone Ladwig-Winters, Juristen, S. 116; Barbara Danckwortt: Jüdische „Schutzhäftlinge“ im KZ Sachsenhausen 1936–1938. Verfolgungsgeschichten von Kommunisten, Sozialdemokraten und Liberalen, in: Günter Morsch/Susanne zur Nieden (Hg.): Jüdische Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936 bis 1945. Berlin 2004, S. 140–179, hier S. 154–156.

14 AS, P3 Guttman, Erich/2: Die Tage nach dem 9. November. Ein Bericht, S. 12.

15 Dan Diner: Beyond the Conceivable. Studies on Germany, Nacism, and the Holocaust. Berkley/Los Angeles/London 2000.

schäftigt. In Sachsenhausen betrug die Anzahl der SS-Leute insgesamt mehrere Tausend.¹⁶ Viele Betriebe und Behörden trieben Handel mit den Konzentrationslagern und pflegten intensive Beziehungen zur SS.¹⁷ Und: Sowohl das KZ Ora-

mengen in Oranienburg berichtet, die die ins KZ getriebenen Häftlinge beleidigten, bespuckten und mit Steinen beschmissen.¹⁸ Schließlich war es die Mehrheitsgesellschaft im Krieg, die von der Verschleppung und Ermordung ihrer Mit-



nienburg als auch Sachsenhausen waren in der Stadt gelegen und die Misshandlung und Ermordung von Zigttausenden ein bekanntes und sichtbares Phänomen. Es ist Leon Szalet, der besonders eindrucksvoll von Menschen-

mengen profitierte. Das Hab und Gut der geflüchteten Opfer und der Deportierten und später Ermordeten, die „Evauierten“, wie es im NS-Behördenjargon hieß, wurde häufig öffentlich versteigert. In Sachsenhausen waren es jüdische

¹⁶ Hierzu Günter Morsch (Hg.): Konzentrationslager Oranienburg. Berlin 1994, etwa S. 157; Günter Morsch: Sachsenhausen. Das „Konzentrationslager bei der Reichshauptstadt“. Gründung und Ausbau. Berlin 2014, S. 70–97.

¹⁷ Vgl. Frédéric Bonnesoeur: Einvernehmen, S. 33–38, 57–63.

¹⁸ Vgl. Leon Szalet: Experiment „E“, S. 30; auch Günter Morsch: Konzentrationslager Oranienburg, S. 160.

Häftlinge, etwa in der Uhrmacherwerkstatt, die die letzten Hinterlassenschaften derjenigen herrichten mussten, die in den deutschen Lagern in Osteuropa ermordet worden waren. Die SS konnte sie dann, etwa an verdiente Parteigenossen, weitergeben.¹⁹

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal den Blick zurück nach vorn wenden und auf die eingangs erwähnten vier Dimensionen Individualität, Soziales, Universalität und Haltung zurückkommen. Die Geschichte des Nationalsozialismus zeigt, wie eng der zerstörerische Glaube an die Homogenität des Volkes, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ineinander verwoben waren. Und: dass auf dieser Grundlage weite Teile der Mehrheitsgesellschaft zur Partizipation bereit waren, viele sich korrumpieren ließen und sich nicht wenige an der Verfolgung beteiligten. Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit wurden grundsätzlich auf Partikulargruppen beschränkt, humanitäre Wertmaßstäbe vollständig negiert und individuelle Biografien und soziale Bindungen millionenfach zerstört. Die breite Adaption der NS-Ideologie reicht als alleinige Erklärung für die NS-Massenverbrechen selbstverständlich nicht aus. Wohl aber ist sie als deren notwendige Bedingung anzusehen.²⁰ Und auch nur deshalb war es dem Regime möglich, früh und konsequent die

politische Freiheit abzuschaffen, all diejenigen zu verfolgen und auszugrenzen, die es als „andersartig“ stigmatisierte oder die anders dachten und anders handelten.

„Wir müssen [...] Diversität, Vielfalt und die Andersartigkeit unseres Gegenübers respektieren, aber auch als bereichernde Notwendigkeit begreifen.“

Ich bin davon überzeugt, dass nur der Blick zurück nach vorn die ganze Perspektive darauf eröffnen kann, wie wichtig das tatsächlich ist, was die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit seit 30 Jahren tut: Mauern niederreißen, die Menschen von Menschen und Gruppen von Gruppen trennen; den gleichen Wert und die gleiche Würde jedes Menschen zu achten, diesen Prinzipien universelle Gültigkeit zuzusprechen und für sie einzustehen. Dafür bedarf es des institutionellen Rahmens, aber auch individueller Haltung, Sie und mich, unsere Interaktion. Das

¹⁹ Vgl. Anneke de Rudder: Zwangsarbeit im Zeichen des Völkermords 1942 bis 1945, in: Morsch/zur Nieden (Hg.): Jüdische Häftlinge, S. 200–242, hier S. 221 bis 225; zum Profit der nichtjüdischen Bevölkerung etwa Frank Bajohr: „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, zu Versteigerungen: S. 332–338.

²⁰ In Bezug auf den Holocaust Hermann Lübke: Über die ideologische Rationalität des Völkermords, in: Wolfgang Bialas/Lothar Fritze (Hg.): Nationalsozialistische Ideologie und Ethik. Dokumentation und Debatte. Göttingen 2020, S. 33–40, hier S. 34.

Beziehungsgeflecht von Gerechtigkeit, Freiheit, Macht und Verantwortung ist eines, das wir auf der Basis der institutionalisierten Grundwerte immer wieder neu diskutieren und durch unser eigenes Verhalten dem anderen gegenüber auch immer wieder neu hervorbringen müssen. Nur so können wir unsere Vorstellungen des Miteinanders realisieren und dauerhaft sichern. Freiheit, so formulierte es Hans Kelsen, der selbst als jüdischer Verfolgter aufgrund des Nazi-

Terrors hatte fliehen müssen, bedeutet Toleranz.²¹ Und er meinte damit den Respekt vor Vielfalt und das Verständnis für den Mitmenschen. Wir müssen, so möchte ich hinzufügen, Diversität, Vielfalt und die Andersartigkeit unseres Gegenübers respektieren, aber auch als bereichernde Notwendigkeit begreifen. Diese Notwendigkeit hält uns die Beschäftigung mit der Geschichte der NS-Verbrechen deutlich vor Augen.

21 Hans Kelsen: Gerechtigkeit, S. 45–48.

1. Präsentation

Caroline Höhne und Awa Kandler

Schülerinnen des Sally-Bein-Gymnasiums, Beelitz

Sehr geehrte Gäst*innen, mein Name ist Caro Höhne und ich nutze „sie/ihr“-Pronomen. Mein Name ist Awa Kandler und ich nutze „sie/ihr“-Pronomen. Wir besuchen die 11. Klasse des Sally-Bein-Gymnasiums Beelitz und wir sprechen heute über Gedenkkultur an unserer Schule.

Erinnern ist gerade für unsere Schule so wichtig, da dieser Ort eine besondere Historie hat. Von 1908 bis 1942 befand sich auf dem Gelände eine „Israelitische Erziehungsanstalt“ für geistig und körperlich behinderte Kinder unter der Leitung von Sally Bein. Er kümmerte sich in diesen Jahren um insgesamt rund 350 Kinder und ermöglichte ihnen ein Leben in Würde und größtmöglicher Selbstständigkeit. Zusammen mit den letzten Bewohnern wurden Sally Bein, seine Frau und seine Tochter 1942 in das Ver-

richtungslager Sobibor deportiert und dort ermordet.

Im Jahr 1991 wurde unser heutiges Gymnasium gegründet. Zunächst gab es verschiedene Namensvorschläge. Es entstand eine Projektgruppe, um Nachforschungen zur Geschichte des Hauses durchzuführen. Über den Namen wurde nicht nur unter Eltern, Schüler*innen und Lehrer*innen diskutiert, sondern auch in verschiedenen Gremien der Stadtverordnetenversammlung, in Parteien und dem Stadtrat der Stadt Beelitz. Am Ende beschloss die Schulkonferenz den Namen „Sally-Bein-Gymnasium“ und am 5. September 1997 wurde die Namensgebung im feierlichen Rahmen zelebriert. Unser Schulname bringt eine Verantwortung mit sich, der wir versuchen gerecht zu werden.



Sally Bein



Haus der Israelitischen Erziehungsanstalt in Beelitz



Awa Kandler (l.) und Caroline Höhne (r.)

1. Gemeinsames Erinnern am 9. November

Jedes Jahr, am 9. November, finden sich die Schüler*innen und Lehrer*innen unserer Schule sowie weitere Besucher*innen zum gemeinsamen Gedenken an die Opfer des Novemberpogroms 1938 an unserer Stele zusammen. Die Stele steht auf unserem Schulgelände, neben Haus 1 auf einer Rasenfläche, und erinnert an Sally Bein, indem sie für

Außenstehende gut sichtbar ist. Bei der Gedenkveranstaltung wird in einigen kurzen Ansprachen, unter anderem von der Schulleitung oder anderen Anwesenden, an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erinnert. Wir sind besonders stolz, dass das Gedenken am 9. November zur zentralen Gedenkveranstaltung der Stadt Beelitz geworden ist und an diesem Tag auch immer Vertreter*innen der Stadt unsere Schule besuchen.



Jährliches Gedenken am 9. November an der Stele des Sally-Bein-Gymnasiums in Beelitz



Schülerinnen und Schüler des Sally-Bein-Gymnasiums gestalteten im Rahmen eines Begegnungsprojekts Informationstafeln.

„Unser Schulname bringt eine Verantwortung mit sich, der wir versuchen gerecht zu werden.“

Der Chor unserer Schule begleitet das Geschehen mit passenden jüdischen Liedern und es folgt noch eine Kranzniederlegung. Bevor es wieder in den Unterricht geht, gedenken wir still in einer Schweigeminute. Auch danach, im Unterricht, ist den Schüler*innen die

Möglichkeit gegeben, über die Gedenkveranstaltung zu reden, den Sinn dahinter zu verstehen sowie ihre Gedanken und Gefühle dazu zu äußern.

Diese Veranstaltung ist Teil der Identität unserer Schule geworden, was man daran sieht, dass wir – selbst wenn der 9. November auf einen Samstag fällt – zusammenkommen, um gemeinsam zu gedenken.

2. Begegnungsprojekt

Unsere Schule beteiligte sich mehrfach an besonderen Projekten zum interkulturellen Austausch und Gedenken. Im Rahmen eines Begegnungsprojekts, dessen Planung im Herbst 2013 begann,

sind diese Informationstafeln entstanden. An dem Projekt beteiligt waren Schüler*innen des Sally-Bein-Gymnasiums, ihre Lehrerin Frau Letz sowie Schüler*innen des Hermann-von-Helmholtz-Gymnasiums Potsdam und der jüdische Jugendclub „Lifroach“. Projektträger war die Jüdische Gemeinde der Stadt Potsdam e.V. und gefördert wurde das Projekt durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

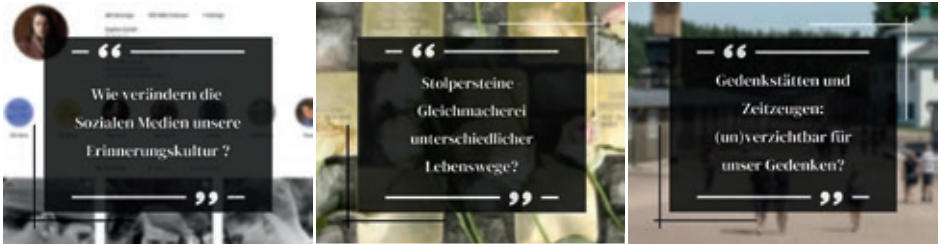
Bei dem Projekt stand der kulturelle Austausch im Vordergrund. Die Schüler*innen nahmen dazu zum Beispiel an einer Schabbat-Feier teil. Außerdem informierten sich die Projektteilnehmenden zu verschiedensten Themen des jüdischen Lebens. Das brachte neue und unerwartete Erkenntnisse mit sich. Dieses Projekt setzte den Toleranzgedanken in die Praxis um und schaffte es, unterschiedlichste Menschen zu verbinden. Die Teilnehmenden berichteten da-

nach, dass es eine tolle Erfahrung gewesen sei. Zudem sind immer mehr Schüler*innen durch das Projekt inspiriert worden und dazugestoßen. Gemeinsam wurde Sally Beins Geschichte nachempfunden.

Die erarbeiteten Tafeln wurden zunächst als Wanderausstellung genutzt und beispielsweise hier in Potsdam gezeigt. Später wurden sie dauerhaft in unserer Schule ausgestellt, wo sie noch heute in den Fluren von Haus 1 hängen. Durch die Tafeln wird Gedenken und Informieren mit dem Alltag verbunden; gerade, weil sie frei zugänglich und nachvollziehbar aufbereitet sind. So werden Schüler*innen, Mitarbeitende der Schule, sowie Besucher*innen immer wieder auf die Geschichte Sally Beins aufmerksam gemacht. Alles in allem boten und bieten die Informationstafeln an sich sowie der Prozess der Entwicklung eine große Bereicherung für unsere Schule.



Ein von Schülerinnen und Schülern gedrehter Film erzählt die Lebensgeschichte von Sally Bein.



Leitfragen aus dem Seminarskurs des Gymnasiums zu Erinnerungskultur und Erinnerungsstätten in Deutschland

3. Kurzfilm

Um sich das Ergebnis eines weiteren Schülerprojekts anzusehen, muss man nicht einmal zu uns nach Beelitz kommen; wir haben es Ihnen mitgebracht. 2012 wurde von Schüler*innen der 8. Klasse des Sally-Bein-Gymnasiums in Zusammenarbeit mit dem Filmgymnasium ein Kurzfilm gedreht. Er setzt sich mit der Geschichte des Kinderheims auseinander und stellt Sally Beins Lebensgeschichte vor. Anlässlich des 2. Internationalen Kurzfilmfestivals wurde er im Thalia Kino in Potsdam gezeigt und gewann dort in der Kategorie „Aus der Geschichte lernen“ den ersten Platz.

Obwohl der Dreh des Filmes schon etwas zurückliegt, ist er immer noch relevant. Er wird noch heute im Rahmen der Erinnerungsarbeit unserer Schule genutzt. Oft wird er in Vorbereitung der Pogromgedenkveranstaltung den Schüler*innen gezeigt, um deutlich zu machen, dass unsere Schule eine direkte Verbindung zu diesem Thema hat.

4. Seminarskurs

Die Schüler*innen unserer Schule haben einen ganz besonderen Bezug zur Erinnerungskultur, weshalb wir sogar einen Seminarskurs haben, der sich mit der Thematik „Erinnerungskultur und Erinnerungsstätten in Deutschland“ beschäftigt. Die Teilnehmenden führen Quellen- und Forschungsarbeit zu historischen Orten durch und setzen sich mit den Merkmalen und Chancen von Gedenkarbeit in der Gegenwart auseinander. Dafür stellen und beantworten sie Leitfragen wie zum Beispiel: „Stolpersteine: Gleichmacherei unterschiedlicher Lebenswege?“ oder „Inwiefern können soziale Medien Erinnerungskultur weiterentwickeln?“.

Daran sieht man, dass wir uns kritisch und aktiv mit der Erinnerungsarbeit befassen, auf solche immer wieder aufmerksam machen möchten und uns diese Thematik im Allgemeinen sehr beschäftigt. Denn angemessen und würdevoll zu gedenken, ist eine Aufgabe, die sich immer wieder neu stellt und mit Leben gefüllt werden muss. So wollen wir der Verantwortung gerecht werden, die sich aus dem Namen Sally Beins für unsere Schule ergibt.

2. Präsentation

Dr. Anke Geißler-Grünberg

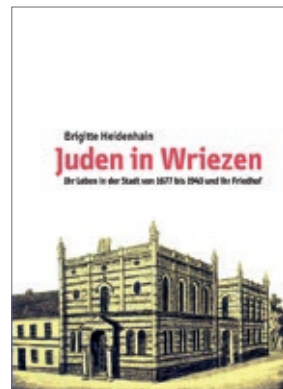
Koordinatorin des Projekts „Jüdische Friedhöfe in Brandenburg“,
Universität Potsdam

Guten Abend, ich möchte mich auch ganz herzlich bedanken für die Einladung, hier sprechen zu dürfen. Ich bin Anke Geißler-Grünberg und Mitglied in einer Arbeitsgruppe zu jüdischen Friedhöfen, die sich an der Universität Potsdam gegründet hat. Die Jüdischen Friedhöfe Brandenburgs sind wie aufgeschlagene Bücher. Sie vergegenwärtigen deutsch-jüdische Geschichte. Sie stehen für Stetigkeit und Heimat. Angelegt wurden sie durch die einst im Land lebenden Jüdinnen und Juden – auf Ewigkeit und im Glauben an die leibliche Auferstehung der Toten am Ende der Tage. Namen markieren ihre Grabstellen. Die Gräber markieren die kulturelle, religiöse und familiäre Zugehörigkeit der Begrabenen zur jüdischen Gemeinschaft.

Mit ihren Lücken und Spuren der Zerstörung, aber vor allem mit ihren Inschriften sind diese „Häuser des Lebens“, wie die Friedhöfe auf Hebräisch genannt werden, Spiegel des Lebens der Einzelnen wie des Schicksals der Gemeinden. Doch ist dieser Spiegel durch den gewaltsamen Abbruch der Tradition trübe geworden und oftmals zersprungen.

Langjährige Vernachlässigungen, gezielte Zerstörungen und natürlicher Zerfall führten zu einer erheblichen Schädigung der materiellen Substanz.

Fast 80 Jahre nach dem Ende der NS-Zeit sind die Reste dieser Zeugnisse in ihrem Bestand akut bedroht. Innerhalb der nächsten Jahre werden die auf ihnen eingravierten Informationen endgültig verloren sein. Dies zu verhindern, liegt in der Verantwortung des Landes Brandenburg und der Kommunen, in denen sich jüdische Friedhöfe befinden.



Titelseite der Magisterarbeit „Juden in Wriezen“

Auch wenn uns manche Grabmale anrühren, so lassen sich genealogische, kulturelle sowie soziale Zusammenhänge und Entwicklungen oft erst durch geduldiges Befragen erschließen. Die hebräischen und deutschen Inschriften bieten hierzu eine wichtige Hilfe.

Als 2007 die Magisterarbeit über die „Juden in Wriezen und ihren Friedhof“ vorlag, entstand schnell der Wunsch,



Dr. Anke Geißler-Grünberg



Trebbin, Rathenow, Wusterhausen/Dosse, Gartz

diese Dokumentation über eine Datenbank öffentlich zugänglich zu machen und kontinuierlich zu erweitern: die mehr als 70 nachweisbaren Friedhöfe Brandenburgs umfassend zu erschließen. Programmierer der Universität Potsdam standen zur Verfügung, diese Idee umzusetzen.

Ziel war, die Ergebnisse der Forschung zur Verfügung zu stellen. Vor allem sollte diese Datenbank auch ein Angebot an die weltweit verstreuten Nachfahren sein, ihre im heutigen Bundesland beerdigten und geehrten Angehörigen zu finden. An diesem Ziel hat sich nichts geändert. Die Rückmeldungen aus beiden Zielgruppen bestätigen die Wichtigkeit dieses Archivs.

Ab 2008 entstand am Lehrstuhl für Religionswissenschaft eine kleine Arbeitsgruppe. Enthusiasten mit unterschiedlichen Schwerpunkten kamen

hinzu, wovon die Qualität der Dokumentationsstätigkeit profitierte. Und bald folgte die Einspeisung weiterer Friedhöfe. Inzwischen sind hier 27 Orte erfasst.

„Diese ‚Häuser des Lebens‘ [sind] Spiegel des Lebens der Einzelnen wie des Schicksals der Gemeinden.“

Die Erschließung jedes einzelnen Friedhofes ist langwierige Kleinarbeit und beinhaltet ein vielfältiges Aufgabenspektrum. So steht an erster Stelle die Sicherung der bedrohten Inschriften. Ergänzt wird die Bestandsaufnahme vor

Ort idealerweise durch Recherchen in Archiven, Bibliotheken und Museen.

Im Sommer 2014 erhielten Studierende eines Seminars zu jüdischen Friedhöfen die Gelegenheit, Kompetenzen zu erwerben, um im digitalen Zeitalter neues Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge generieren und reflektieren zu können. Ausgehend von den Erfahrungen bereits erschlossener Friedhöfe dienten selbst gefertigte Lagepläne als Grundlage der Vermessung von Gelände und Grabsteinen. Sie wurden gesäubert, fotografiert und ihre In-

gene, das Heute und das Zukünftige. Und über Erinnerungskultur.

2016 erschien die „Spurensuche auf dem Jüdischen Friedhof Potsdam“. Sie ist das Ergebnis eines durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ geförderten und auf Initiative des Teams entstandenen Projektes. Hierbei konnten sich Schülerinnen und Schüler des Humboldt-Gymnasiums intensiv mit dem jüdischen Erbe ihrer Stadt auseinandersetzen.

2018/19 gab es am gleichen Gymnasium ein wichtiges Folgeprojekt zu

The screenshot shows the website 'Jüdische Friedhöfe in Brandenburg'. The top navigation bar includes 'STUDIUM', 'FORSCHUNG', 'UNIVERSITÄT', and 'ONLINE-DIENSTE'. Below this is a secondary menu with 'Das Institut', 'Jüdische Studien', 'Religionswissenschaft', and 'Studium und Studiengänge'. The main content area features a header 'Jüdische Friedhöfe in Brandenburg' and a large image of a tombstone with the text 'Jüdischer Friedhof'. A sidebar on the right contains a table of contents with the following items: 'Friedhof Sulęcín', 'Friedhof Świętojańsko', 'Geschichte der Gemeinde', 'Geschichte des Friedhofs', 'Anlage des Friedhofs', 'Lageplan', 'Belegungsliste', and 'Suche in Grabsteinen'.

Die Datenbank ist unter <https://www.uni-potsdam.de/de/juedische-friedhoeefe> erreichbar.

schriften abgeschrieben. Bislang unbekannte Grabsteine wurden freigelegt, zum Teil gehoben und nach der Datenaufnahme wieder zugedeckt.

Wir lernten, dass die Erschließung jedes einzelnen Friedhofes Menschen unterschiedlichster Generationen und gesellschaftlicher Aufgaben miteinander ins Gespräch bringt – über das Vergan-

„Jüdischen Orten in Potsdam“. Diese Ergebnisse sind über eine andere Internet-Plattform sichtbar, die gleichwohl mit weiteren Themen ausbaufähig ist. Im vergangenen Jahr begleitete unser Team schließlich ein Schülerprojekt zum Jüdischen Friedhof in Treuenbrietzen.

Das Projekt „Jüdische Friedhöfe in Brandenburg“ steht also dafür, was die



Die Arbeit auf den Friedhöfen beinhaltet ein vielfältiges Aufgabenspektrum.





Dokumentation des Projekts „Spurensuche auf dem Jüdischen Friedhof Potsdam“

Bundesregierung erst kürzlich in ihrer ersten „Nationalen Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben“ forderte: jüdische Gegenwart und Geschichte in ihrer Vielfalt und Vielschichtigkeit zu zeigen und zu vermitteln.

Unsere engen Kontakte zum Institut für Denkmalkunde der Europa-Universität Viadrina, die es seit dem gemeinsamen Buchprojekt zum jüdischen Friedhof von Frankfurt (Oder) gab, zahlten sich 2019 aus. Die Staatsministerin für Kultur und Medien finanzierte bis 2021 ein Forschungsprojekt, in dem wir 27 Friedhöfe dokumentierten, die zum historischen Brandenburg gehören und heute in Polen liegen. Für 47 ermittelte Orte wurde innerhalb der Datenbank ein paralleler Strang angelegt.

Auch wenn die Grundsituation in West-Polen bezüglich der Friedhöfe schlechter ist als in Brandenburg, konnten wir auf ein großes Netz polnischer

Partnerinnen und Partner zurückgreifen. Wir führten einen internationalen Workshop für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler durch. Besonders beeindruckte aber das ehrenamtliche Engagement einer kleinen Gruppe von „Aktion Sühnezeichen“. Und ich wünschte, dass sie Unterstützung durch jüngere Freiwillige erhält.

Aufgrund der beruflichen Entwicklung der Mitstreiterinnen und Mitstreiter zerfiel unser Projektteam sukzessive. Denn bis auf Ausnahmen wurde unsere Arbeit finanziell nie honoriert – mit dem immer wiederkehrenden Argument, dass die Kommunen kein Geld hätten. Wir alle kennen es aus dem digitalen Alltag: Die Internetseite einer Institution muss an technische Neuerungen angepasst werden. Plötzlich wird das Corporate Design geändert – und schon sind sämtliche Seiten neu zu gestalten.

Ende 2022 erschien hingegen etwas zum Anfassen: meine eigene Arbeit zum Jüdischen Friedhof in Potsdam im



Ein jüdischer Friedhof in Brandenburg.



Titelseite des Buchs „Jüdischer Friedhof Potsdam“

Harrassowitz Verlag. Mitte Februar konnte ich die Doppelpublikation hier an diesem Ort vorstellen. Mit dem Weggang meines Doktorvaters zerfiel die Projektgruppe leider endgültig. Erfreulicherweise ist diese Datenbank aber nun am Lehrstuhl für Deutsch-Jüdische Geschichte angesiedelt. Doch braucht es analog zu Thüringen oder Hessen finanzielle Unterstützung durch das Land Brandenburg und seine Kommunen, um das in Stein gemeißelte Archiv ihrer Jüdinnen und Juden für die Nachwelt komplett zu dokumentieren, dauerhaft zu sichern und die Datenbank technisch zu modernisieren.

Mögen die Seelen der auf den brandenburgischen „Häusern des Lebens“ Begrabenen eingebunden sein in das Bündel des Lebens. Danke.



Blick in den Saal während der Präsentation von Dr. Anke Geißler-Grünberg



Impressionen von der Veranstaltung im Potsdam Museum



Impressum

Herausgeber: Landtag Brandenburg, Stabsstelle, Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Die abgedruckten Redebeiträge geben die Sicht der jeweiligen Person wieder.

Fotos: Titelbild: Landtag Brandenburg / Fabian Schellhorn;

S. 2, 5, 7, 8, 11, 15, 17, 35 Landtag Brandenburg / Fabian Schellhorn; S. 23–27 Sally-Bein-Gymnasium, Beelitz; S. 29–34 Dr. Anke Geißler-Grünberg, Universität Potsdam

Herstellung: ARNOLD group – Großbeeren

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



Landtag Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-0

Fax 0331 966-1210

post@landtag.brandenburg.de

www.landtag.brandenburg.de

Folgen Sie uns: 